

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Cannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abonnementspreis: Monatlich durch Post 1.80 M., durch Agenten 1.60 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge böss. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 8788 / Telegr.-Adr.: „Tannensblatt“ / Telef. 11.

Nummer 86 | Altensteig, Donnerstag den 14. April 1932 | 55. Jahrgang

Das Verbot der SA- und SS-Abteilungen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten

Die Begründung der Regierung

Berlin, 13. April. Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärische Organisationen der NSDAP sind durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteicheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kaserneartiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewaltmaßnahmen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampfsorganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungsteile können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und leichten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legaltatsverklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißt würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen.

Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Ueberschritte festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weiteste Volksteile getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspringt einer streng überparteilichen nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsregierung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und mit Machtmitteln schafft,

durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Wochen gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungskämpfe ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht geschehen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit seiner Hand Recht und Gesetz aufrechterhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Aufstellung der Lage mit der großen Mehrheit der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Rücksicht auf die Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärischen Organisationen der NSDAP soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Überall dort, wo Parteien aber nicht das deutsche Vaterland, seinem Wohl zu dienen ist der oberste Grundsatz des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität

Berlin, 13. April. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1. Sämtliche militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA-Bohnenbatterien, SA-Kasernen, Motorfahrzeuge, Marinefahrzeuge, Reiterkorps, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugnisstellen werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2. 1. Die zurzeit der Auflösung im Besitze der aufgelösten Organisationen oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärischen Zweck der Organisation dienen haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich beschlagnahmt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist Beschwerde im Dienstausnahmewege möglich. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung höherer Stellen sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3. 1. Wer sich an einer Organisation, die aufgrund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt, oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter, noch einem Teilnehmer gehören. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4. 1. Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvoorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Der Reichspräsident: ges. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: ges. Dr. Brüning.

Der Reichsminister des Innern: ges. Gröner.

Der Reichsminister der Justiz: ges. Dr. Joel.

Eine Verordnung zur Durchführung obiger Verordnung regelt die Auflösung der SA-Heime, die Sicherstellung der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände.

Die Berliner SA-Heime von der Polizei geschlossen

Berlin, 13. April. In Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten sind heute nachmittag um 5 Uhr von der Politischen Polizei zahlreiche wichtige Geschäftsstellen der NSDAP, darunter auch 22 Heime und Wohnungen von bekannten Führern der Organisation durchsucht und die Heime geschlossen und versiegelt worden. Das gesamte vorgefundene schriftliche und gedruckte Material ist beschlagnahmt worden.

Polizeiliche Besetzung des Braunen Hauses in München

München, 13. April. Das hiesige Braune Haus ist heute nachmittag von der Landespolizei besetzt worden. Die Zugangstüren zum Braunen Haus sind abgesperrt. Wie ein Polizeibericht besagt, wurden heute abend durch die Polizei Durchsuchungen im Braunen Haus, in der Gangehäftstafel, in der Reichsführerschule und bei der Reichsleitung der SA- und SS-Organisationen geübt. Material, das militärischen Zwecken der SA- und SS-Organisationen dienen soll, wurde polizeilich beschlagnahmt.

Auflösung der SA- und SS-Formationen in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 13. April. Die Auflösung der SA- und SS-Formationen der NSDAP ist in den späten Nachmittagsstunden durchgeführt worden. In Frankfurt wurden zwölf Heime geschlossen und die Bewohner anderweitig untergebracht. Die Aktion erfolgte so überraschend, daß sie vom Publikum kaum bemerkt wurde.

Maßnahmen gegen SA- und SS- in Stuttgart

Stuttgart, 13. April. Vom Polizeipräsidenten (Landeskriminalpolizeiamt) wird mitgeteilt: In Verfolg der vom Reichsministerium des Innern verfügten Auflösung der SA- und SS-Formationen der NSDAP hat das Polizeipräsidentium Stuttgart (Landeskriminalpolizeiamt) im Verlaufe des heutigen Abends die notwendigen Durchsuchungen im ganzen Lande vorgenommen. Das sichergestellte Material wird in den nächsten Tagen einer Durchsicht unterzogen werden. Jegliche Schwierigkeiten haben sich in Stuttgart bei der Durchführung der Maßnahmen nicht ergeben. Aus dem Lande liegen hierüber abschließende Berichte noch nicht vor.

Hausdurchsuchung bei der Gauleitung

Stuttgart, 13. April. Der „NS-Kurier“ schreibt: Eine bei der Gauleitung, Goethestraße, durchgeführte polizeiliche Hausdurchsuchung, die am Mittwoch nachmittag stattfand, verlief, wie nicht anders zu erwarten war, völlig ergebnislos.

Interview Hitlers vor der Auflösung

Nachstehende Erklärung Adolf Hitlers wurde abgegeben, als über das Verbot der SA- und SS- nur gerüchtweise verlautete. London, 13. April. In einer Unterredung mit dem Berliner Mitarbeiter des „Daily Express“ sagte Hitler: „Wenn die Regierung meine SA auflösen sollte, dann würde sie mich der Verantwortung für dieselben entheben. Ich würde dann diese 400 000 Mann nicht mehr, wie bisher, unter meiner Kontrolle haben und könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun werden.“

Als der Korrespondent bei einer anderen Gelegenheit Hitler fragte, was er tun wolle, wenn die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst würden, antwortete Hitler: „Lassen Sie ruhig die Auflösung der Organisationen erklären. Sie können meinen Leuten nicht die Köpfe abschneiden. Solange sie aber Herzen und Köpfe haben, werden sie mir ergeben sein.“

Der braunschweigische Innenminister zum Verbot der SA u. SS

Braunschweig, 13. April. Der aus Anlaß der Konferenz des Innenministers in Berlin weitende braunschweigische Innenminister Klages hat der braunschweigischen Landeszeitung eine Erklärung zur Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen übergeben. Darin erhebt der Minister gegen die heutige Notverordnung scharfen Protest und spricht die Ansicht aus, daß die Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung unzumutbar sei und, da nicht auch gleichzeitig die Organisation der Eisernen Front verboten werde, als ungerecht empfunden werden müsse. Im Namen der braunschweigischen Regierung habe er zu erklären, daß die politische Lage im Lande Braunschweig keinen Anlaß gebe, ein Verbot der SA- und SS- zu fordern oder auch nur für wünschenswert zu halten. Die braunschweigische Regierung sei davon überzeugt, daß das Verbot der SA- und SS- die politische Erregung der Volksmassen nicht herabsetze, sondern reizere. Sie fühle sich verpflichtet, die Reichsregierung davor zu warnen, durch eine gewaltsame Liquidierung und Auflösung der nationalsozialistischen Verbände der Verhärtung des politischen Kampfes Vorstoß zu leisten. Eine Entspannung der politischen Gegensätze könne einzig und allein von einer vom Reich zielbewußt durchgeführten Politik der sozialen Schicksalgemeinschaft, der wirtschaftlichen Befriedung und der nationalen Befreiung erwartet werden.



Das SA.-Verbot im Spiegel der Presse

Berlin, 14. April. Das Verbot der SA. und SS-Formationen der Nationalsozialisten wird von den Berliner Morgenblättern sehr lebhaft erörtert.

Die „Germania“ meint, daß auch diejenigen Kreise der Rechten nicht verstanden hätten, das Vorgehen der Regierung zu mißdeuten, die sonst in allen Fragen der staatlichen Autorität nicht nur ein scharfes Urteil, sondern auch eine ehrliebe Empfindlichkeit gezeigt haben. Es handele sich um eine vom nackten Staatsinteresse diktierte reinliche Scheidung zwischen der legitimen staatlichen Gewalt und illegitimen privaten Machtbestrebungen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt, ist das Verbot erlassen, um die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren, dann muß die gleiche Autorität dafür eingesetzt werden, daß die Auflösung der Kampforganisationen, wenn auch ohne Härte, so doch mit äußerster Konsequenz durchgeführt wird.

Der „Vorwärts“ weist zu melden, daß Minister Gröner sich persönlich mit allem Nachdruck für das Verbot eingesetzt habe und kein Verbleiben im Amte davon abhängig gemacht habe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Begründung „keineswegs überzeugend“, sie sei vor allem außenpolitisch außerordentlich bedenklich. Man habe eine Organisation preisgegeben, die nach Reinigung von parteipolitischen Kinderkrankheiten doch für den deutschen Wehrwillen von Bedeutung hätte werden können. Das Verbot werde von weiten Kreisen als eine Maßregel des Wahlkampfes gegen die N.S.D.A.P. aufgefaßt werden.

„Kölnische Zeitung“ und „Tag“ verweisen auf die „Privatarmee“ anderer Parteien, z. B. Reichsbanner und Schupo-Organisationen und geben der Ansicht Ausdruck, daß das Nichterschreiten gegen das Reichsbanner das einseitige Vorgehen der Reichsregierung enthalte. Bedauerlich sei das Dineinziehen des Reichspräsidenten in die ganze Angelegenheit.

Die „Börsezeitung“ befürchtet, daß jetzt alle Unterorganisationen, die jetzt nicht mehr in der Hand der Führer seien, in härteste Erregung geraten. Die Sozialdemokratie kassiere jetzt mit der ihr eigenen Brutalität den Lohn für die Unterführung bei der Wiederwahl Hindenburgs.

Der „Vorwärts“ betont, daß die Hitlerpartei als politische Organisation nicht derührt werde. Sie solle wie jede andere Partei werden können, aber auch nur wie jede andere Partei.

Arbeitsbeschaffungspläne im Reich

Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes

Berlin, 13. April. Das Reichskabinett hat über die Arbeitsbeschaffungspläne beraten. Es liegen verschiedene Vorschläge vor, bei denen sich jedoch in der Finanzierung große Schwierigkeiten ergeben. Der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums enthält aber zwei Vorschläge, die sofort durchgeführt werden können, ohne daß wesentlich größere Mittel notwendig werden. Der erste sieht eine Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes vor, sowohl bei dem Personenkreis wie in der Dauer des Arbeitsdienstes. In den Personenkreis sollen Jugendliche einbezogen werden, die noch keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben oder nicht versicherungspflichtig sind, sowie Jugendliche, die überhaupt keine Arbeitnehmereigenschaften haben. Unter diese Gruppen würden Studenten, Abiturienten usw. fallen. Auch Wohlfahrtsarbeiter sollen nach diesem Vorschlag in den freiwilligen Arbeitsdienst eingereiht werden. Die Dauer der Unterführung im Arbeitsdienst Beschäftigten soll über 20 Wochen hinaus verlängert werden. Außerdem sieht der Entwurf des Reichsarbeitsministeriums die Einführung des Krümper-Systems für den Ruhrbergbau vor. Nachdem man mit dem Krümper-System, der wechselweisen Beschäftigung, im niederschlesischen Bergbau recht gute Erfahrungen gemacht hat, hat nun das Reichsarbeitsministerium die Entscheidung über die Einführung des Krümper-Systems auch für den Ruhrbergbau überlassen. Die Arbeitgeber haben bisher in allen Verhandlungen, die eine freiwillige Einführung des Krümper-Systems zum Ziele hatten, derartige Anregungen abgelehnt, während die Gewerkschaften sich für die Einführung des Krümper-Systems ausgesprochen haben.

Krisenkongreß der Gewerkschaften

Berlin, 13. April. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete am Mittwoch im Reichstag einen außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands zur Behandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage. Zu Beginn des Kongresses wurde bekannt, daß der Reichskanzler im letzten Augenblick abgefragt hat und daß statt seiner Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Kongreß das Wort nehmen wird. Der Bundesvorsitzende Leipzig begrüßte die zahlreichen Gäste und erklärte dann, daß die Dezentralität allmählich gegenüber der unabweislichen Tatsache eines Arbeitslosenheeres von 6 Millionen abgestumpft sei. Auch die verantwortlichen Stellen verhielten sich dieser Frage gegenüber allzu passiv. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne müssen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen führen. Es sei ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet würde, daß noch immer Leute mit Pensionen anderen Arbeitsplätze wegnähmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden sei, die Frage des Doppelverdienstes zu lösen. Der Ruf nach Kostenlenkung habe dafür um so mehr Gehör gefunden. Obwohl die zwangsweise Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt gehalten habe, hätten die Arbeitgeber zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Der Kongreß erhebe entschiedenen Protest gegen diese widerwärtige Politik. Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen dürfe die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben.

Das Hauptreferat über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hielt dann der stellvertretende Vorsitzende Wilhelm Eggert, der das vom Bundesauschuß vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm begründete.

Hierauf nahm

Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald

für die Reichsregierung das Wort. Er führte etwa folgendes aus: Wie Deutschlands Gesamtlage sich im Jahre 1932 entwickelt wird, ist im Augenblick noch schwerer übersehbar als in den beiden vorangegangenen Jahren. Zweierlei dürfte allerdings schon jetzt als ziemlich sicher anzusehen sein: Einmal daß die deutsche Ausgabe im Jahre 1932 mit verzögerten Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürfte, daß also die Arbeitslosigkeit von

der Ausfuhrseite her gesehen eher zunehmen als abnehmen wird; weiterhin, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Frühjahr und Sommermonaten des Jahres 1932 ein geringerer sein dürfte als in den vorausgegangenen Jahren, was mit den Kreditwierigkeiten und dem daraus folgenden großen Betriebsberben zusammenhängt. Daneben gibt es gegenwärtig noch drei große Unsicherheitsfaktoren, die Reparationskonferenz, den Wendepunkt der Weltwirtschaftskrisis, ob in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wie man in England und Amerika weithin annimmt, oder aber erst im Laufe des Jahres 1933; drittens: die Frage, wann eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein wird. Ueber die Ursachen der Wirtschaftskrisis besteht zwischen dem Kongreß und mir keine volle Meinungsübereinstimmung. Sie sehen vielsach als Hauptursache der Schrumpfung die Lohnkürzung an. Diese Annahme ist nur zum Teil richtig; woraus wäre sonst die Wirtschaftskrisis in den USA, in England und in anderen Ländern zu erklären, in denen man eine andere Lohnpolitik getrieben hat? Bei uns betragen etwa 85 Prozent der öffentlichen Ausgaben aus Personalausgaben und aus Tilgung und Verzinsung der Schulden der öffentlichen Hand. Ich glaube nicht, daß ohne Gehaltskürzungen die öffentlichen Haushalte hätten in Ordnung gehalten werden können. An Gehältern, Pensionen und Arbeiterlöhnen sind in den letzten zwei Jahren bei der öffentlichen Hand etwa 2,5 Milliarden RM. Kürzungen erfolgt. Die Staats der öffentlichen Hand müssen aber ausgeglichen sein, weil sonst die Währung nicht zu halten ist. Daß in Deutschland in den letzten Jahren die Währung gehalten worden ist, ist ein Erfolg der Regierungspolitik, wie er nicht größer erwartet werden konnte. Es gibt in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten. Ebenso unzweifelhaft, daß sie soweit als möglich ausgenutzt werden müssen. Die Streitfrage ist lediglich, wie die Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschafft werden können. Mit dem Preis der Inflation darf die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkauft werden. Wenn der Schrumpfungsvorgang der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit wenigstens zum Stillstand gebracht werden soll, dann muß zusätzliche Arbeit geschaffen werden. Zusätzliche Arbeit mit normalen Löhnen kostet naturgemäß viel Geld. Man wird produktive zusätzliche Arbeit schaffen müssen und wird daneben, um mehr Arbeitslose von der Straße wegzubringen, gegenüber den Arbeiten, die der Geldschwierigkeiten wegen sonst noch jahrelang nicht ausgeführt werden, auch den freiwilligen Arbeitsdienst erweitern müssen.

Wenn ich richtig sehe, dann dürfte sowohl die wirtschaftliche Konzenbildung wie die Zusammenballung der Bevölkerung an wenigen Plätzen ihren Höhepunkt erreicht haben. Seht man von dieser Annahme aus, dann werden wir wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Zudem stehen wir vor einer total veränderten Bevölkerungsstruktur. Unsere Bevölkerungsstruktur zeigt heute das umgekehrte Bild der Bevölkerung. Wir werden ein alterndes Volk. Diese Tatsache ist, a. a. nach von fundamentaler Bedeutung für unsere soziale Rentenversicherung. Wir haben heute schon über 3 Millionen Invalidenrentner, viele Hunderttausende andere Sozial- und Kleinrentner, Kleinrentner usw. Der Kreis, der bei einem alternden Volk ständig wächst, muß meines Erachtens beruht auf dem Lande oder im Verraum der Städte angeordnet werden. An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtigt, steht daher die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der ländlichen Fortausstattung. An dritter Stelle stehen die Reparaturen für Wohnungen. Für die Finanzierung dieser Aufgaben sind bereits Wege gefunden, die keinerlei Gefahr für die Währung darstellen. Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Restaurationen, des Wasserbaues und des Wasserregulierungswesens werden noch Finanzierungsmöglichkeiten heraus. Zum Schluß ging der Minister noch einmal auf die Frage der Arbeitsbeschaffung und auf die Lohnfrage ein. Er erklärte: Die bisherige abwartende Haltung der Regierung in der Frage der Arbeitsbeschaffung wird im Laufe des Jahres 1932 allerdings nicht beibehalten werden können. Diese Frage wird schon in nächster Zeit mit den verschiedenen Organisationen zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen läßt, so wird nichts anderes übrig bleiben als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung. Eine allgemeine Senkung der Löhne, wie man sie in breiten Arbeitnehmerkreisen befürchtet, kommt nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums nicht in Frage. Allerdings sind in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen notwendig. (Hört Hört! und große Unruhe.) Denn im Januar 1927 war die Relation zwischen den Löhnen in den verschiedenen Gewerben sehr viel ungünstiger als im Dezember 1931.

Mit zunehmendem Beifall begrüßt ergriff dann der preussische Ministerpräsident Bann das Wort, um zu erklären, daß auch die preussische Regierung mit Sorge die Entwicklung der Wirtschaftslage verfolgt habe und auch nach Maßgabe der vorhandenen Mittel versucht habe, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Volkswirtschaftlich wäre es richtig, manchen Betrieb zu verschrotten, aber sozialpolitisch müsse man sich fragen, ob man wieder einmal tausend Arbeiter freisetzen solle. Bei der Größe der Not müsse jetzt mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Leider bestehe aber ein Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. In dem Maße, wie die Wirtschaftskrisis sich verschärfe, gingen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, so daß auch die öffentlichen Arbeiten eingeschränkt werden müßten. Wohl gebe es notwendige Arbeiten und auf der anderen Seite arbeitswillige Arbeitslose. Wie aber könne man die Mittel beschaffen, um beide zusammenzubringen? Alle noch vorhandenen Mittel müßten also zur Anfordelung der öffentlichen Wirtschaft angewendet werden, die eine Umverteilung der Privatwirtschaft zur Folge haben werde. Außerdem aber sei eine Anleiheverhandlung mit dem Auslande notwendig. Auf eine Reparationserlösung brauche man damit nicht zu warten, das Reparationsproblem sei bereits gelöst, und zwar dadurch, daß Deutschland einfach nicht zahlen könne. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Schlagwort „Wir müssen uns wieder hochhangern“ sei nichts erreicht. Bei dem „Hungern“ denke jeder immer nur an den andern. (Heiterkeit und Zustimmung.) Durch Lohnrückerei werde man auch nicht leistungsfähig, sondern ruiniert nur den Binnenmarkt. Deshalb müsse, sobald die innerpolitischen Entscheidungen gefallen seien, ohne Rücksicht auf die Außenpolitik die Arbeitslosenfrage zunächst durch die Kürzung der Arbeitszeit angegriffen werden. Der Redner betonte, daß er in dieser Forderung noch über die Gewerkschaften hinausgehe und eine noch radikalere Kürzung als die auf die 40-Stunden-Woche verlange. (Lebhafte Zustimmung.) Darin sehe er die einzige Möglichkeit, auch die unelastische politische Verbrennung und politische Arienwelt zu beenden. (Stürmischer Beifall.)

Luther gegen Inflation und Autarkie

Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth des Bayerischen Industrieverbands hielt hier Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Rede. Unter Bezugnahme auf eine Redewendung Hitlers über das Wunder der Rentenmark wolle er, Luther, gegenüber irrträumlichen Auslassungen, die immer noch draußen herrschen, feststellen, daß die Rentenmark keine Binnenmark gewesen sei. Die Rentenmark, deren Urheber Helfferich gewesen sei, sei nichts anderes als eine Hilfskonstruktion für die alte Papiermark gewesen. Die sogenannte Deckung der Rentenmark durch Grund und Boden habe nur psychologische Bedeutung gehabt. Es sei erstaunlich, daß in einem Volke wie dem deutschen, das die juchbare Inflation über sich habe ergehen lassen, immer noch Menschen auftauchen, die sich mit Inflationsspielereien beschäftigen. Dr. Luther bezeichnete das Gold als Weltwährung. Die „Autarkie“, das wirtschaftliche Selbstgenügen, als wirtschaftliches Ziel gesehen, stelle für ein Land wie Deutschland nichts anderes dar als ein bewußtes Hineintriben in das wirtschaftliche Elend. Auch die Theorie eines Außenhandelsmonopols verwarf der Redner. Deshalb wandle er sich in längeren Darlegungen gegen den Gedanken der Einführung einer Planwirtschaft in Deutschland. Die ganze Krise sei für uns Deutsche auf die Frage zu: Wie können wir es machen, daß der Ansturm des Auslandes auf Deutschland wieder aufhöre? Das vorantende Deutschland könne nur aus dem Ueberfluß seiner Ausfuhr über die Einfuhr seinen Verpflichtungen nachkommen. Immer und immer wieder müsse man angesichts unserer wirtschaftlichen Lage sagen, daß Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen, die stärker sind als alle Mächte der Welt, einfach nicht mehr zahlen könne. Es gebe nur eine Lösung, nämlich eine derartige Erstickung des Vertrauens zu Deutschland, daß wie wieder Kredite in größerem Umfang für die deutsche Wirtschaft erhalten. Deshalb müssen wir darauf bedacht sein, daß im Ausland der Eindruck ausgeht, wie Deutschen seien ein einiges Volk.

Grandi fordert unbedingte Abrüstung

Genf, 13. April. Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wachte sich am Mittwoch Außenminister Grandi gegen die gestrigen Ausführungen Tardieu und erklärte, Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staates entscheidend seien. Italien fordere progressive Abschaffung der schweren Artillerie, angeschlossen mit den großen Kalibern, ferner Abschaffung der Tanks. Jeder Staat müsse vom Beginn des Inkrafttretens der Abrüstungskonvention an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner Linienfahrzeuge, Flugzeugträger und U-Boote zerstören. Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Krieg dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß diese qualitative Abrüstung nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Er erklärte ausdrücklich, das Ziel der Abrüstungskonferenz sei die Herabsetzung und nicht die Begrenzung der Rüstungen. Grandi wachte sich wiederholt gegen die gestrigen Argumente Tardieu und erregte die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung, als er darauf hinwies, daß die französische Regierung selbst in ihrem Memorandum vom 5. Februar die Rüstungsgattungen angegeben habe, die hierfür in Frage kommen. Grandi äußerte sich auch zu der von Frankreich immer wieder angezogenen Theorie von der industriellen Kriegsbereitschaft. Wenn man einen Staat seiner militärischen Offenbarungen beraube, so nehme man diesem Staat, selbst wenn er gegenüber seinen Nachbarn über ein größeres oder geringeres Potential de Guerre verfüge, die entscheidende Waffe für einen Angriff. In außerordentlich eindringlicher Weise wies Grandi weiter den Einwand Tardieu zurück, daß das Verbot der Herstellung solcher Waffen durch geheime Fabrikation leicht umgangen werden könne. Er führte seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsfähigkeit der Staaten und ihre Sicherheit vergrößere, den Angriff erschwere, günstigere Bedingungen für die Wirksamkeit des Völkerbundespatentes und des Kelloggpatentes schaffe und bessere Bedingungen herstelle, um zu einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau zu kommen.

Die Rede des italienischen Vertreters wurde von der Versammlung mit außergewöhnlich starkem Beifall aufgenommen.

Neues vom Tage

Dr. Brüning und Dr. Gröner beim Reichspräsidenten Berlin, 13. April. Der Herr Reichspräsident empfing heute zu gemeinsamem Vortrag Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehr- und Innenminister Dr. Gröner.

Anfechtung des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl durch die NSDAP.

Sonn, 13. April. Der frühere thüringische Minister Dr. Frid hielt hier heute abend eine Rede, in der er sich zunächst über die Reichspräsidentenwahl vom 10. April verbreitete und bemerkte, daß die NSDAP, die Wahl anfechten werde, da die nach der Reichsverfassung garantierte Wahlfreiheit nicht gewährt worden sei.

Ein Zwischenfall bei der Auflösung der SA-Heime in Hamburg

Hamburg, 13. April. Im Zusammenhang mit der Auflösung der SA-Heime ereignete sich nach privaten Mitteilungen heute nachmittag ein Zwischenfall bei der Durchsuchung des Gaubüros der Nationalsozialistischen Partei. Das Haus war vor dem Eintreffen der Polizei unter Tränengas gesetzt worden. Den Beamten war es deshalb nicht möglich, in die verpösten Räume zu gelangen. Man mußte dem Gas erst durch Einschlagen der Fenster einen Abzug verschaffen. Fünf Parteianghörige, darunter das Bürgerchaftsmitglied v. Alwoerden, wurden von der Polizei nach dem Stadthaus gebracht.

Aus Stadt und Land

Montag, den 14. April 1932

Der Landtagswahlzettel. Bei der Landtagswahl werden amtliche Stimmzettel verwendet. Der Stimmzettel ist ein Einheitsstimmzettel, d. h. er enthält alle zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe der Partei und unter Hinzufügung der Namen der Bewerber, in Stuttgart der ersten sechs Bewerber. Die Parteien, die Abgeordnete in den letzten Landtag entsandt haben, werden mit ihren Wahlvorschlägen auf dem Stimmzettel zuerst aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge ihrer Stärke im letzten Landtag. Die Wahlvorschläge der übrigen Parteien erhalten die nächstfolgenden Nummern, und zwar in der Reihenfolge, wie die Wahlvorschläge beim Bezirkswahlleiter eingegangen sind. Auf Grund des Ergebnisses der letzten Landtagswahl wird hiernach die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln der bevorstehenden Landtagswahl wie folgt festzulegen sein: 1. Sozialdemokratie, 2. Zentrum, 3. Bauernbund, 4. Demokratische Partei, 5. Kommunisten, 6. Deutschnationale, 7. Deutsche Volkspartei, 8. Christlicher Volksdienst, 9. Volksrechtspartei, 10. Nationalsozialisten. Diese Parteien haben Abgeordnete in den letzten Landtag entsandt. Den übrigen Parteien werden die anschließenden Nummern 11 ff. zuzuweisen sein.

Vom Oberamtsbezirk Freudenstadt, 13. April. (Kettenbriefe.) Stefan Haller schreibt im Namen der Geistlichen des Bezirks: In neuester Zeit sind wieder sogenannte Kettenbriefe in unserer Stadt und auch im Bezirk in Umlauf. Die Empfänger werden aufgefordert, den Brief neulich abzuschreiben und an Freunde und Verwandte weiter zu senden. Wer das tut, soll schon innerhalb der nächsten neun Tage ein besonderes Glück erleben, wer die Kette abbricht, dem wird ein Unglück zustoßen. — Solche Kettenbriefe sind auch in früheren Zeiten, z. B. auch während des großen Krieges, in Umlauf gesetzt worden. Es gibt einfältige Menschen, die wirklich von einem solchen Brief ein Glück erhoffen, und es gibt ängstliche Menschen, die von der Unterbrechung der Kette ein Unglück befürchten. — Was für ein törichtes und albernes Treiben inmitten eines christlichen Volkes und inmitten eines gebildeten Volkes! So wiederholt sich immer wieder: Wer seinen Glauben hat, wird ein Opfer des Aberglaubens. Wir können nur den dringenden Rat geben: wer einen solchen Brief empfängt, der werfe ihn dorthin, wohin er gehört: ins Feuer.

Calw, 12. April. Auch die Spar- und Vorschaubank Calw, die kürzlich ihre Generalversammlung abhielt, weist einen guten und angelegten der allgemeinen Wirtschaftslage recht befriedigenden Abschluss auf. Das Stammeinkommen vermehrte sich einschließlich Dividende um 18.000 R.M. auf 248.000 R.M. Die offenen Reizeuren betragen nach den vorgeschlagenen Zuschüssen aus dem Reingewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres insgesamt 82.000 R.M. Die Spareinlagen erfordern nochmals, in der Hauptsache durch Zuzug von Zinsen, eine kleine Vermehrung, und zwar von 1.185.000 R.M. auf 1.225.000 R.M. um 40.000 R.M. Die Einzahlungen betragen ca. 371.000 R.M. gegen 435.000 R.M. im Jahre 1930 und sind somit um ca. 64.000 R.M. hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Die Rückzahlungen erhöhten sich gegenüber 1930 von 321.000 R.M. auf 331.000 R.M., also nur um 10.000 R.M. Dies rührt in der Hauptsache daher, daß selbst in den besser gestellten Kreisen der Spareinleger Verdienstmöglichkeiten immer seltener werden und daß in vielen Fällen auch die Spareinleger gezwungen sind, die mühsam erwirkten kleinen Spareinlagen der Genossenschaft zu entnehmen, weil sie arbeitslos sind. Die Bank ist nunmehr in der Lage, auf 1. Januar 1932 ihre früheren Papiermarkt-Spareinlagen und Anleihen mit 15 Prozent aufzuwerten. Der hierfür notwendige Betrag von ca. 105.000 R.M. steht zur Verfügung. Die Bilanzsumme hat gegen das Vorjahr noch eine kleine Erhöhung von 94.700 R.M. erfahren, und hat damit nunmehr die 2-Millionen-Grenze überschritten. Der Umsatz betrug 21.480.000 R.M., d. h. 4.300.000 R.M. weniger als im Vorjahr. Selbstverständlich mußte sich die Krise am Geldmarkt und die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage auch in den Ziffern des Umsatzes auswirken. Nach den vorgenannten Abrechnungen ergibt sich ein Reingewinn von 22.550,66 R.M. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 6 Prozent. Die Bank kann also angesichts der schwierigen Wirtschaftslage mit dem Erfolg ihrer Jahresarbeit wohl zufrieden sein.

Feldrennau, 12. April. (Ein nettes Frühlings.) Vergangenen Sonntag gerieten zwei heilige Schülerbuben in Streit, in dessen Verlauf der 12jährige Junge den 10jährigen mit einem Messer in die Herzgegend stach, so daß sein Zustand bedenklich schien. Lebensgefahr besteht nicht mehr.

Herrenberg, 12. April. (Der Kulturplan.) In der heutigen Gemeinderatsitzung fand die Beratung und Feststellung des Kulturplans für 1932 zur Beratung. Es war in der Gemeinderatsitzung Herr Forstmeister Rutz zum ersten Mal anwesend. Der Kulturplan trägt der finanziellen Lage der Stadt Rechnung. Gegenüber dem Vorjahr wurden die gesamten Kulturkosten um 700 R.M. auf 2500 R.M. gesenkt. Hinzu kommen noch 600 R.M. für Wildschaden, welcher Betrag jedoch in Einzahlung wieder erscheint. Zur Aufforstung wurden 45.500 Pflanzen benötigt. Hierfür wurden 1100 R.M. in den Voranschlag eingestellt. Ferner sah Herr Forstmeister die Einführung der Douglasfichte vor, deren Holz infolge seiner großen Festigkeit sehr begehrt ist. Der Gemeinderat stimmt dem, wie auch dem ganzen Kulturplan zu. Für das Jahr 1932 war eine Kuhung von 3500 Fm. vorgesehen. Die noch stehenden 840 Fm. ist in der Hauptsache Achtenlangholz, das wegen Abnahmewierigkeit nicht gehauen wurde. Obwohl der Erlös aus diesen 840 Fm. zum Ausgleich des Etat dringend benötigt wurden, so bleibt doch kein anderer Weg, als mit dem Fällen des Holzes zuwarten. Der Gemeinderat beschloß, dem Antrag der Verwaltung zufolge, den Kuhungsrest mit 840 Fm. als jederzeit greifbare Holzreserve zur künftigen Kuhung anzusehen.

Ofterdingen, D.M. Rottenburg, 12. April. (Ein unvorhergänger Unfall.) Auf seiner Fahrt nach Schwenningen kam Adolf Hiltner am letzten Samstag per Auto auch durch unseren Ort, wo er von einer größeren Anzahl von Schulkindern sowie von einigen Bürgern erwartet wurde. Die Durchfahrt sollte allerdings nicht ohne Zwischenfall vor sich gehen. Ein von Heddingen her kommendes Auto, dessen Fahrer offenbar Anhänger Hitlers ist, verlor, als er Hiltner grüßte, die Herrschaft über den Wagen, so daß er sich in Beschlag und in den Straßengraben stürzte. Der

Lenker des Heddingen Wagens trug durch diesen Unfall am Kopf eine stark blutende Wunde davon, die von einem aus Tübingen des Wegs kommenden Arzt verbunden wurde.

Schwenningen, 13. April. (Feueralarm durch einen 3jährigen.) Vormittags wurde der Feuermelder beim Krankenhaus von einem dreijährigen Knaben eingeschlagen. Der Junge hatte ein Schälchen bei sich, mit dem er den Feuermelder „traktierte“, bis plötzlich die Sirene in Trümmer ging und die Weckerlinie alarmiert wurde.

Stuttgart, 13. April. (Todesfall.) Oberlehrer a. V. Dr. e. h. Georg Schlexer, der am 22. März ds. J. seinen 85. Geburtstag feierte, ist plötzlich gestorben. Der Verstorbene hatte weit über seine reine Lehrertätigkeit hinaus einen bedeutenden Ruf als Naturforscher und Wissenschaftler.

Die gute Zeitungsanzeige. Im Landesgewerbemuseum wurde die letzte Ausstellung eröffnet, die der aus dem Amt scheidende Direktor Professor Dr. Pazourek veranstaltete. Die Ausstellung umfaßt das Sondergebiet der Zeitungsanzeige. Die ausgestellten Zeitungsinserte stellen nur einen Bruchteil des Materials dar, das im Lauf der Jahrzehnte systematisch gesammelt und der graphischen Abteilung des Landesgewerbemuseums angegliedert wurde.

Mühlhausen O.M. Ehingen, 13. April. (Brand.) Gestern nachmittag brannte das große Oekonomiegebäude des Gemeindeflegers Georg Sauter fast bis auf den Grund nieder. Das tote und lebende Inventar konnte zum größten Teil gerettet werden. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet.

Ulm, 13. April. (25 Jahre Turmwächter.) Der 74jährige Münsterturmwächter Fritz begehrt am 18. April sein 25jähriges Wächterjubiläum. Im Jahre 1894 trat Fritz bei der Münsterturmwachverwaltung ein. Seit 1907 hat er den Posten der Turmwächters inne. Als er 1907 aufzog, löste er die 4 Feuerwächter ab, weil dies infolge der Modernisierung des Feueralarmsystems (Automatisches Feueralarm-schlagwerk, Weckerlinien) entbehrlich geworden waren. Fritz läutete bis jetzt täglich allein die etwa 100 Zentner schwere, große Betglocke und die ungefähr 75 Zentner schwere Abendglocke. Seit 1920 ist er Witwer.

Zur Landtagswahl

Demokratische Kandidaten zur Landtagswahl

Stuttgart, 13. April. Für die württembergische Landtagswahl hat die Deutsche Demokratische Partei die folgenden Bewerber aufgestellt: Landesliste: 1. Dr. Brudmann, bisheriger Landtagsabgeordneter, Heilbronn; 2. Johannes Nicker, bisheriger Landtagsabgeordneter, Stuttgart; 3. Weingang, Oberlektor, Stuttgart; 4. Lucie Krauß, Gewerbeschulrätin, Stuttgart; 5. Wegner-Rehmer, Städt. Stuttgart; 6. Dr. Wolfgang Hausmann, Rechtsanwält, Stuttgart; 7. Paul Braun, Weinbauingenieur und Landwirt, Heilbronn; 8. Franz Moosmann, Werkmüller, Schramberg; 9. Lucie Grimminger, Hausfrau und Stadträtin, Schwäb. Gmünd; 10. Hausbahn, Buchdruckereibesitzer, Schorndorf. Im Wahlkreis Stuttgart-Stadt führen Dr. Reinhold Moler, Wirtschaftsminister, Stuttgart, Karl Hausmann, bisheriger Landtagsabgeordneter, Stuttgart, und Lucie Krauß, Gewerbeschulrätin, Stuttgart. In den übrigen Wahlkreisen haben an der Spitze Dr. Brudmann, Minister Dr. Moler, die bisherigen Landtagsabgeordneten Emil Roth-Kußlingen, Johannes Nicker-Stuttgart und Dr. Fritz Mantel-Schwenningen, ferner Rechtsanwält Dr. Friedrich Hahn-Ulm. Unter den Landtagskandidaten der Deutschdemokratischen Partei Württembergs, von denen hier nur jeweils die Spitzenkandidaten genannt sind, sind neun Vertreter von Handel und Industrie, 28 Angehörige des Handwerks und Gewerbes, 18 Beamte, 17 Kaufleute und Angestellte, 4 Weingärtner und Landwirte, 4 Vertreter freier Berufe und drei Frauen.

Deutschnationale Landtagskandidaten

Stuttgart, 13. April. Die Landesvorschlagsliste der Deutschnationalen Volkspartei führt an vorderster Stelle auf: Dr. Dellinger, Finanzminister; Hirzel, händischer Rechtsrat, Stuttgart; Dr. Höllner, leiblicher Abgeordneter, Ulm; Klotz, Reichs-Abgeordnete, Buxtehude; Ing. Bürgers-Ulm usw. In den Wahlkreisen führten diese Namen wieder und an ausführender Stelle Dr. Wilder-Stuttgart, Studienrat Sauter-Stuttgart, Dr. Schott-Stuttgart, ferner Oberförster Dr. Wuh-Schorzberg, Verlagsleiter Rummelin-Ehingen und Studentent Farr-Tübingen.

„Graf Zeppelin“ zurückgekehrt

Friedrichshafen, 13. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch früh 8.11 Uhr von seiner zweiten Südamerikafahrt zurückgekehrt. Um 8.22 Uhr vollzog sich die Landung glatt. An Bord befanden sich elf Fahrgäste. Trotz starker Gegenwinde hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Reichswehrsoldat vom Posten erschossen. In der Würzburger Infanteriekaserne wurde ein Reichswehrsoldat, der zu spät zurückkehrte und deshalb den Weg über den Jaun des Kajernenhofes wählte, vom Posten angerufen, und da er auf den Anruf nicht antwortete, erschossen.

Japanischer Militärzug entgleist — 11 Tote. Ein Eisenbahnzug, der eine japanische Truppenabteilung beförderte, wurde 17 Kilometer östlich von Charbin durch eine Explosion zum Entgleisen gebracht und stürzte in eine Schlucht. 11 Offiziere und Mannschaften wurden getötet, 19 schwer und 74 leicht verletzt.

Schwerer Raubüberfall in Frankfurt a. M. Dienstag abend wurde ein 74jähriger Kassierer einer Frankfurter Brauerei in einem Hausflur in der Offenbacher Landstraße von zwei unbekannten Tätern überfallen. Sie verletzten ihm einen Schlag über den Kopf, rissen ihm, als er am Boden lag, den Mantel weg und raubten ihm die Brieftasche mit Papiergeld. Die Aktentasche, die Silbergeld enthielt hielt der alte Mann krampfhaft fest, so daß die Räuber ihm die Tasche nicht entreißen konnten. Nach der Tat ergriffen sie die Flucht.

Aus Baden

Freudenstadt, 13. April. (Sensation im Schweinestall.) Im Nachbarort Mühlbach erlebte ein Bauer die Ueberraschung, daß von den 14 Ferkeln seines Ferkelschweins vier ausgesprochene „Frühlinge“, also junge Wildschweine waren. Sie sind schwarz-weiß gestreift, haben spitze Ohren und spitze Schnauze. Die zehn anderen sind weiß, haben aber ebenfalls die den Wildschweinen eigentümliche Ohren- und Rüsselform. Das Schwein war seinerzeit in den nahen Wald entlaufen, wo es wohl auf einen verirrten Wildschweiner gestossen war. Den jungen Tieren ist anscheinend der Stall zu eng, sie toben und rasen ganz fürchterlich in ihrer Behausung umher. Der findige Bauer schlägt nun Geld aus der Sache. Er läßt die vielen Neugierigen nur gegen Entgelt diese merkwürdigen Naturprodukte sehen.

Wahlhumor. Daß auch der Humor bei dieser Wahl nicht fehlte, beweist ein Zettel in der Wahlurne in Rinklingen bei Bretten folgenden Inhalts: Hindenburg will Klätter und Pfaffen, Hitler Soldaten und Waffen, Thälmann Geld und nichts schaffen, und wir bleiben immer die Affen.

Aus dem Gerichtssaal

Freudenstadt, 13. April. (Urkundenfälschungen.) Vor dem Schöffengericht hatte sich ein Schreinermeister zu verantworten, der die Unterschrift auf einem Bestellschein gefälscht hatte, in welchem ein Recht auf Eigentumsvorbehalt des Schreiners an den gelieferten Möbeln nachträglich beigelegt wurde, nachdem Zahlung nicht erfolgt war. Dieses Kunststück, das durch ein Schriftgutachten nachgewiesen wurde, kostete den überbrühtigen Schreinermeister zehn Tage Gefängnis. — Ebenfalls um erschwerte Privaturkundenfälschungen drehte es sich bei einem zweiten Schreinermeister, das gestern vor dem Schöffengericht stand. Es waren zwei Bestellschein, bei denen der Name eines Verwandten als die Unterschrift des Bezogenen gefälscht wurde. Die Frau wurde mangels an Beweisen freigesprochen, der Mann bekam zwei Wochen Gefängnis.

Ein Briefmarder

Stuttgart, 13. April. Ein 24jähriger untergeleiteter Posthelfer von Stuttgart wurde dieser Tage vom Schöffengericht Stuttgart wegen Amtsunerschlagung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt, u. a. wurde auch auf sofortige Dienstentlassung erkannt. Der Posthelfer hatte zahlreiche, ihm im Amt zugängliche Briefe beraubt und dann weggeworfen.

Handel und Verkehr

Stuttgarter Güter- und Auktionsmarkt vom 13. April. An der heutigen Güter- und Auktionsmarkt wurden für das württ. Auktionsamt folgende Preise erzielt: Kubbäume 30-49 Ffd. 22,5 bis 24, 50-59 Ffd. 25-28, 60-79 Ffd. 30-32, 80-100 u. m. Ffd. 33-34 Ffd.; Döhlbäume bis 29 Ffd. 24,25, 30-49 Ffd. 22,25, 50-59 Ffd. 32, 60-79 Ffd. 33-34, 80-99 Ffd. 29-31, 100 u. m. Ffd. 29-30 Ffd.; Rinderbäume bis 29 Ffd. 33,5, 30-49 Ffd. 30-32, 50-59 Ffd. 36-38, 60-79 Ffd. 35-37,25, 80 u. m. Ffd. 34 Ffd.; Bullenbäume bis 29 Ffd. 22,25, 30-49 Ffd. 21 bis 22, 50-59 Ffd. 22-23, 60-79 Ffd. 21-22,5, 80-99 Ffd. 23 bis 24, 100 u. m. Ffd. 23 Ffd.; Kalbfelle bis 9 Ffd. 50-54, 15,1-20,1 u. m. Ffd. 40 Ffd.; Schafabfälle 20 Ffd.; Ferkelfelle 22 Ffd.; Schafelle vollwollige 25 Ffd.; Lammelle 15 Ffd. **Landw.** Die Auktion hatte normalen Besuch und brachte den Verkauf so ziemlich des ganzen Gefalles. Die Auktion blieb von dem weiter rüchläufigen Markt nicht verfehlt. Teilweise betragen die Abschläge 6 Prozent, in der Hauptsache 10-12 Prozent, vereinzelt bei Fellen 15-20 Prozent. Nächste Auktion: Donnerstag, 19. Mai.

Börsen

Stuttgarter Börse vom 13. April. Die Börse lag heute schwach. Am Rentenmarkt wurden die Goldschattdriefe mehr angeboten als gefragt und es gab infolgedessen wieder Kurzurückgänge bis zu 1,5 Prozent. Aktien lagen teilweise etwas höher.

Getreide

Berliner Produktionsbörse vom 13. April. Weizen märk. 200 bis 202, Roggen märk. 198-200, Ruffenroggen 195, Braugerste 180-185, Futter- und Industrieernte 178-188, Hafer märk. 164 bis 169, Weizenmehl 31,50-35,25, Roggenmehl 21,43-27,75, Weizenkleie 11,50-11,75, Roggenkleie 10,40-10,70, Bittorinerbren 18-24, kleine Speisebren 21-24, Futtererbsen 15-17, allgemeines Tendenz: rubig.

Letzte Nachrichten

Strafantrag Hitlers gegen Ministerpräsident Braun
München, 13. April. Die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP teilt mit, daß Adolf Hitler den Rechtsanwalt Dr. Frank H-München beauftragt hat, gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landsperträterische Absichten.

Politischer Ueberfall

Berlin, 13. April. Der 23 Jahre alte Ingenieur Karl Ehrentaut, der Mitglied der NSDAP ist, wurde heute mittig in Charlottenburg von zehn Kommunisten überfallen und zu Boden geschlagen. Den Tätern gelang es, unerkannt zu entkommen.

Wieder normaler Jugerverkehr im argentinischen Katastrophengebiet

Paris, 13. April. Wie die Agentur Havas aus Buenos Aires meldet, ist nach Aufhören des Ashenregens in Argentinien der Jugerverkehr wieder in der normalen Weise aufgenommen worden.

Demonstrationen in der Tschechoslowakei

Brüx, 13. April. In der Umgebung von Brüx zogen sich heute etwa 7000 Demonstranten zusammen. Die aus Komotau auf Lastkraftwagen heraneilende Gendarmerie wurde von den Demonstranten mit Steinen beworfen und beschossen. 45 Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Die Polizeikraftwagen wurden von den Demonstranten verbrannt. Schließlich gab die Gendarmerie zwei Salven ab, durch die zwei Demonstranten auf der Stelle getötet und sechs Demonstranten schwer verletzt wurden.

Wetter für Freitag

Infolge Luftdruckanstiegs im Norden und Westen und eines neuen Wirbels bei Island ist für Freitag zwar zeitweilig aufheiterndes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Für die Schifffahrt verantwortlich: Ludwig Paul,

Liederkranz Altensteig.

Am Sonntag, den 17. April findet im Saale zum „Grünen Baum“ ein

Frühjahrskonzert

statt. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sowie die Sangesfreunde von hier und Umgebung herzlich eingeladen. Saalöffnung 1/4 Uhr. Beginn 4 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder 60 Pfg. einschl. Programm. Der Ausschuss.

Die Auszahlung an Kriegerhinterbliebene, Kleinrentner u. Sozialrentner für Monat April findet in Pfalzgrafenweiler am Montag, den 18. April 1932, vormittags 8-10 Uhr auf dem Rathaus statt.

Freudenstadt, den 13. April 1932. Bezirkswohlfahrtsamt: Pfeffer.

„Schernbacher Sägmühle.“

Im Konkurs des Friedrich Badenhat werden **ca. 20 Wagen Dung** abgegeben. Anfragen sind zu richten an Buchhalter Gaisch.

Spielberg.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Christine Gall

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Keppler, für den Gesang am Grabe und die Pflege der Krankenschwester und für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zur letzten Ruhestätte, sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Berneck, den 13. April 1932.

Danksagung.



Für die vielen Beweise aufrichtiger und herzlicher Anteilnahme an dem Verlust unseres lieben Entschlafenen

Johann Mäusle

Bahnhofmelster a. D.

danken wir herzlich. Insbesondere danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, des Ehrengeliebten des Kriegervereins, der Beamten und Berufskollegen, den erhebenden Gesang des Männergesangsvereins, für die vielen Kranz- und Blumenspenden, wie auch für die zahlreiche Begleitung von nah und fern.

Ein besonderes Herzensbedürfnis ist es uns, für die aufmerksame und liebevolle Pflege des Verstorbenen im Bezirkskrankenhaus Nagold zu danken.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bringe morgen von 9 Uhr ab **frisches, billiges Gemüse** Frau Koch.

Möbliertes

Zimmer gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig

heute frisch eingetroffen:



Gablau ohne Kopf 1 Pfd. 15.-
Merlans Schellfische 1 Pfd. 30.-
Gablau-Filet 1 Pfd. 35.-
Schellfische Nordsee Pfd. 50.-
Ferner:
la. Fildersauertraut Pfd. 15.- bei

Ehr. Burghard jr.

Altensteig.

Ulmer Wechseelpflüge

hat zu verkaufen

Karl Beck bei der Schwane.

Gelegenheitskauf!

Eine 12 Monate alte

Angora-Buchthäsin

welch, verkauft außerordentlich günstig.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Neuerst billig zu verkaufen:

- 1 Herd wenig gebraucht
- 1 Rinderwagen gut erhalt.
- 2 Waren-Regale

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Herr Finanzminister Dr. Dehlinger

spricht am 14. April, nachmittags 4 1/2 Uhr im Saal zum „Grünen Baum“ über das Thema:

„Die Rettung aus deutscher Not“ Weitere Versammlungen

finden von Herrn Studentrat Sautter (Spitzenkandidat) statt
am 14. April, nachmittags 6 Uhr im Grünen Baum in Altensteig
am 14. April, nachmittags 1 Uhr im Saal in Emmingen
am 14. April, nachmittags 3 Uhr im Hirsch in Wart
am 14. April, nachmittags 5 Uhr im Waldhorn in Bernack
am Freitag, den 15. April, nachmittags 1 Uhr im Röhle in Spielberg
am Freitag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr im Rappen in Walddorf
am Freitag, den 15. April, nachmittags 1/2 6 Uhr im Ochsen in Rohrdorf
am Freitag, den 15. April, abends 8 Uhr im Löwen in Hatterbach

Thema: „Was erwartet das Schwabenvolk von seinem neuen Landtag“

Frauen und Männer sind zu diesen Vorträgen herzlich eingeladen. Niemand veräume die ausgezeichneten Redner zu hören und kennen zu lernen.

Deutschnationale (Bürger-) Partei

Ortsgruppe Nagold

Altenst.ig

Etwa 60 Zentner gut eingebrachtes

Heu

hat abgegeben

Jakob Stiehl.

Schöne

Saatkartoffeln

gibt ab

Harr, Simmersfeld.



Frische Seefische

treffen heute in schwerer Eispackung ein:

- Rablau o. Kopf Pfd. 19.-
- Rablau-Filet Pfd. 29.-
- Schellfische Pfd. 32.-
- Frische Bücklinge

Eine 34 Wochen trächtige



setzt dem Verkauf aus **Ralbin** Adam Lehmann, Bäcker Günsbroan.

Sieben erschienen in unserem Verlag

Dornstetten

Das wirtschaftliche und soziale Leben im 16. und 17. Jahrhundert

Von Dr. H. Haeblerlin

Preis Mk. 4.50

Zu haben in der Buchhandlung Laut in Altensteig und Nagold.

Für die Schule

empfehlen wir

jämtliche Schulbücher

für Latein-, Real- und Volksschule

Atlanten und Karten, Hefte in allen Liniaturen, auch Stützerlin, Hefeschoner, Schiefertafeln in verschied. Liniaturen, Tafelschützer, Aufgabenhefte, Zeichenhefte, Zeichenblock, Reißbretter, Reißzeuge, Reißschiene, Griffel, Griffelhalter, Griffelspitzer, Bleistifte, Bleistiftspitzer, Federn, Federwischer, Federhalter, Radiergummi, Federkasten und Schreibetuis, Farbkasten und einzelne Farben, Deckcreiden, Pastellcreiden, Pinsel, Tusche, Liniale, Winkel, Winkelmesser, Einbandpapiere für Schulbücher in verschied. Farben etc., Schülermappen in verschiedenen Preislagen.

Buchhandlung Laut, Altensteig und Nagold.

Geschäfts- und Wohnhaus

bisher Kolonialwarengeschäft ist wegen Todesfall sofort beziehbare

zu verkaufen.

Lage: Zentrum der Oberamtsstadt Nagold an der Hauptstraße. Interessentenanschrift erbeten an:

Fritz Amann, Nagold, Postfach 15.

